Inhaltliche Zusammenfassung der <u>wesentlichen</u> <u>Erkenntnisse</u> in sämtlichen Phänomenbereichen

I.RECHTSEXTREMISMUS

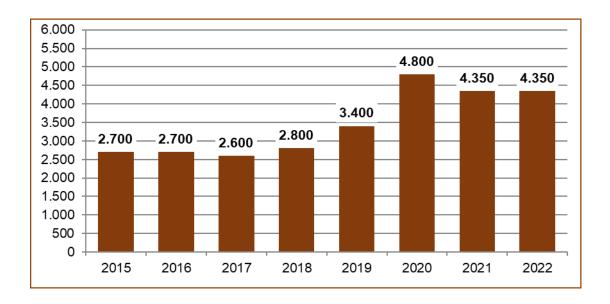
A. Wesentliche Entwicklungen

- ➤ NEUE STÄRKE PARTEI als neues Beobachtungsobjekt des LfV Sachsen
- > Personenpotenzial weiterhin auf einem Höchststand
- Rechtsextremisten fanden nach Corona neue Themen mit gesellschaftlichem "Empörungspotenzial".
- Im Zuge des Protestgeschehens: weiteres "Einsickern" rechtsextremistischer Ideologieelemente in nicht extremistische Milieus
- > Zunahme der Vernetzungsbestrebungen insbesondere bei der NEUEN RECHTEN
- > hohe Reaktions- und Mobilisierungsgeschwindigkeit über die sozialen Medien

B. Personenpotenzial

Das rechtsextremistische Personenpotenzial in Sachsen belief sich im Jahr 2022 erneut auf insgesamt 4.350 Personen. Als weiteres Beobachtungsobjekt des Landesamtes für Verfassungsschutz (LfV) Sachsen kam die NEUE STÄRKE PARTEI hinzu. Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) verlor Mitglieder, während es geringfügige Zuwächse beim unstrukturierten rechtsextremistischen Personenpotenzial gab.

Anzahl der Rechtsextremisten im Freistaat Sachsen



Das rechtsextremistische Personenpotenzial wird bundesweit nach seinem jeweiligen Organisationsgrad erfasst. Dieses Kategoriensystem untergliedert sich dementsprechend in die Bereiche:

- 1. parteigebundener Rechtsextremismus,
- 2. parteiungebundene rechtsextremistische Strukturen und
- 3. unstrukturiertes rechtsextremistisches Personenpotenzial.

Rechtsextremistische Parteien ¹	Parteiungebundene rechtsextremistische Strukturen²	Unstrukturiertes rechtsextremistisches Personenpotenzial³			
2022: ca. 1.370	2022: ca. 930	2022: ca. 2.050			
2021: ca. 1.420	2021: ca. 930	2021: ca. 2.000			

NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD) 2022: ca. 180 2021: ca. 240	NEONATIONALSOZIALISTEN 2022: ca. 600 2021: ca. 600
Junge Nationalisten (JN) 2022: ca. 40 2021: ca. 40	SUBKULTURELL GEPRÄGTE RECHTSEXTREMISTEN (in Strukturen) 2022: ca. 260 2021: ca. 260
DER DRITTE WEG 2022: ca. 140 2021: ca. 140	IDENTITÄRE BEWEGUNG 2022: ca. 50 2021: ca. 50
FREIE SACHSEN 2022: ca. 1.000 2021: ca. 1.000	PEGIDA 2022: ca. 20 2021: ca. 20
Neue Stärke Partei 2022: ca. 10	

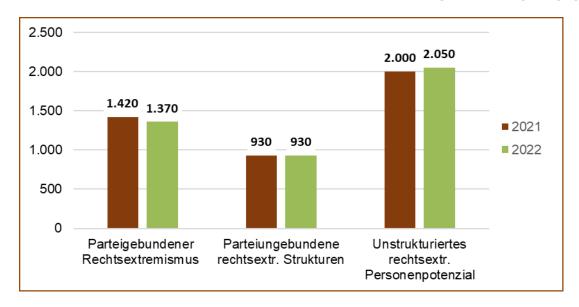
_

Die Partei DIE RECHTE verfügt über keine Strukturen im Freistaat Sachsen; Mehrfachmitgliedschaften sind möglich

Mehrfachmitgliedschaften sind möglich

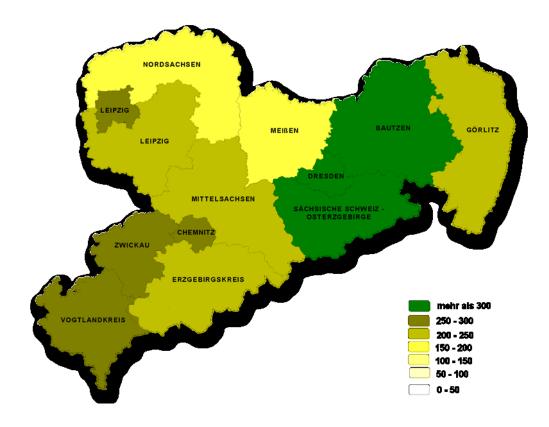
Dem weitgehend unstrukturierten Personenpotenzial werden Rechtsextremisten zugeordnet, die keiner Partei oder Organisation zugerechnet werden können, wie beispielsweise rechtsextremistische Straf- und Gewalttäter.

Anzahl der Rechtsextremisten im Freistaat Sachsen nach Organisationsgrad gegliedert



Von den rund 4.350 Rechtsextremisten werden in Sachsen ca. 1.500 als gewaltorientiert eingestuft (2021: 1.550; 2020: 1.700). Zu den gewaltorientierten Rechtsextremisten zählen Personen, die Gewalt befürworten, die Anwendung von Gewalt unterstützen oder gewaltbereit bzw. als Gewalttäter in Erscheinung getreten sind. Hintergrund für den Rückgang ist die im langfristigen Vergleich weiterhin sinkende Zahl der von Rechtsextremisten in Sachsen verübten Gewalttaten. Infolge der Aufhebung der Corona-Maßnahmen konnten im Jahr 2022 Versammlungen wieder ohne pandemiebedingte Einschränkungen stattfinden. Der noch im Vorjahr zu verzeichnende, teilweise gewalttätige Widerstand von Rechtsextremisten beispielsweise gegen Einsatzkräfte der Polizei entfiel damit. Es bleibt also beim langfristigen, seit dem Jahr 2015 festzustellenden Trend, wonach die Entwicklung der von Rechtsextremisten in Sachsen verübten Gewalttaten in der Tendenz rückläufig ist (2022: 58, 2021: 81, 2020: 73; 2019: 67; 2018: 138; 2017: 95; 2016: 145; 2015: 201).

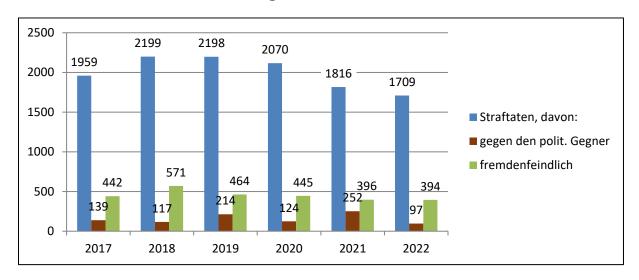
Rechtsextremistisches Personenpotenzial in den Landkreisen und kreisfreien Städten in absoluten Zahlen⁴



⁴ Ohne Anhänger der Partei FREIE SACHSEN; eine Zuordnung der Anhänger dieser Gruppierung zu den einzelnen Landkreisen und kreisfreien Städte war strukturell nicht darstellbar.

C. Politisch motivierte Kriminalität "rechts" – Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund

Rechtsextremistische Straftaten insgesamt

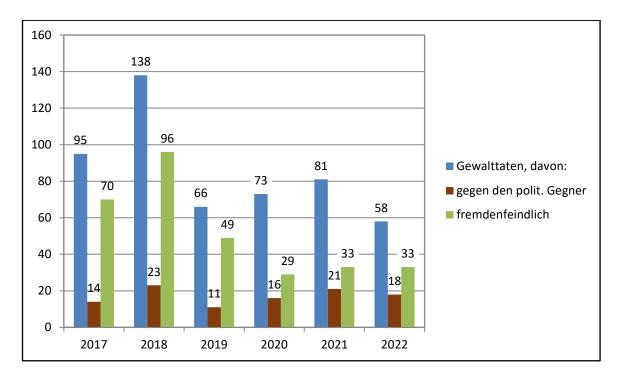


Die Anzahl der Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund war im Berichtsjahr weiterhin rückläufig. So sank die Zahl der Straftaten gegen den politischen Gegner erstmals seit langem auf einen zweistelligen Wert.

Die Zahl der fremdenfeindlichen Straftaten war 2022 nahezu konstant im Vergleich zum Vorjahr und blieb damit erneut unter der Marke von 400.

Propagandadelikte, wie beispielsweise das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, und Volksverhetzungsdelikte machten mit 86 % (1.472 Straftaten) wie in den Vorjahren den weit überwiegenden Teil der rechtsextremistischen Straftaten aus (2021: 69 %).

Rechtsextremistische Gewalttaten⁵ als Teilmenge der Straftaten



Die Zahl der rechtsextremistischen Gewalttaten ist im Vergleich zum Vorjahr um etwa 28 % gesunken.

Der prozentuale Anteil der Gewalttaten am Gesamtaufkommen der rechtsextremistischen Straftaten belief sich auf 3,4 % und hat sich wieder leicht verringert (2020: 3,5 %, 2021: 4,5 %).

Da die Asylthematik für Rechtsextremisten unverändert eine hohe Bedeutung hat und im Berichtsjahr wegen der steigenden Asylbewerberzahlen eine zentrale Rolle in der Szene spielte, stieg der Anteil der fremdenfeindlich motivierten Gewalttaten auf ca. 57 % aller Gewaltstraftaten (2021: 41 %), die absolute Zahl blieb mit 33 fremdenfeindlichen Gewaltstraftaten im Vergleich zum Vorjahr allerdings konstant.

Im Berichtsjahr waren als besonders schwerwiegend zwei mutmaßlich politisch motivierte Brandanschläge auf Asylbewerberunterkünfte in Bautzen und Leipzig zu verzeichnen. Die strafrechtlichen Ermittlungsverfahren sind noch nicht abgeschlossen.

Rechtsextremistische Aggression entlädt sich primär durch körperliche Gewalt gegen andere Menschen.

(Stand: 7. Juni 2021)

⁵ Politisch motivierte Gewaltkriminalität ist die Teilmenge der Politisch motivierten Kriminalität (PMK), die eine besondere Gewaltbereitschaft der Straftäter erkennen lässt. Sie umfasst u. a. Tötungsdelikte, Körperverletzungen, Brand- und Sprengstoffdelikte, Landfriedensbruch und Widerstandsdelikte; siehe hierzu auch unter www.bka.de/DE/UnsereAufgaben/Deliktsbereiche/PMK/PMKrechts/PMKrechts.html

Regionale Verteilung

Die regionale Verteilung der politisch motivierten Straf- und Gewalttaten stellte sich im Jahr 2022 wie folgt dar:

Aufteilung nach Landkreisen und kreisfreien Städten

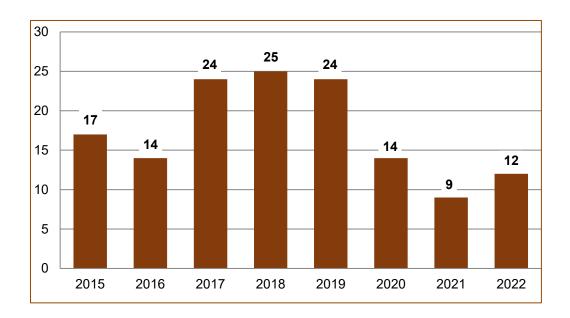
	rechtsextremistische Straftaten)	darunter Gewalttaten		
'	2020	2021	2022	2020	2021	2022
Leipzig (Stadt)	277	246	228	18	15	12
Dresden (Stadt)	294	237	245	19	11	14
Chemnitz (Stadt)	150	154	116	6	3	5
Vogtlandkreis	90	84	97	1	3	1
Lkr. Zwickau	163	169	164	6	7	4
Erzgebirgskreis	148	125	118	2	11	0
Lkr. Mittelsachsen	100	114	100	2	3	1
Lkr. Meißen	89	55	81	0	2	2
Lkr. Sächs. Schweiz- Osterzgebirge	- 131	72	111	7	4	2
Lkr. Bautzen	165	129	139	2	3	10
Lkr. Görlitz	165	122	88	4	0	1
Lkr. Leipzig	185	206	120	4	12	1
Lkr. Nordsachsen	113	103	102	2	7	5
Freistaat Sachsen	2.070	1.816	1.709	73	81	58

D. Entwicklung hinsichtlich rechtsextremistischer Musikveranstaltungen

Die Entwicklung der rechtsextremistischen Musikszene im Freistaat Sachsen zeigte im Berichtsjahr nach Ende der Corona-Maßnahmen wieder eine leicht steigende Tendenz. Allerdings konnte das Niveau der Zeit vor der Pandemie nicht erreicht werden. Der Anstieg der Konzerte im Berichtsjahr ist vor allem darauf zurückzuführen, dass nach Auslaufen der Corona-Maßnahmen die bisher behördlicherseits zehn genehmigten Konzerte pro Jahr im Szeneobjekt in Torgau OT Staupitz wieder stattgefunden haben. Darüber hinaus konnten einzelne konspirativ organisierte Konzerte sowie Liederabende festgestellt werden.

Im Berichtsjahr wurden in Sachsen insgesamt 12 rechtsextremistische Konzerte (2021: 9) und 24 Liederabende bzw. sonstige Musikveranstaltungen (2021: 16) bekannt.

Durchgeführte rechtsextremistische Konzerte in Sachsen



Die Musik sowie die Szenekonzerte sind unverändert wichtige Instrumente für die Verbreitung der rechtsextremistischen Ideologie und damit eine zentrale, identitätsstiftende Basis für die Szene. Gemeinsame Konzertbesuche stärken das Gemeinschaftsgefühl und tragen dazu bei, dass Kontakte zwischen den verschiedenen regionalen Szenen geknüpft und aufrechterhalten werden. Szenemitglieder haben bei Konzerten darüber hinaus die Möglichkeit, ihre Ideologie in der "geschlossenen Konzertgemeinschaft" auszuleben. So sind dort mitunter gemeinschaftlich begangene strafbare Handlungen, wie der Hitlergruß oder "Sieg Heil-Rufe", festzustellen. Die Szene selbst spricht hier von "abhitlern". Rechtsextremisten vermitteln ihre verfassungsfeindliche Ideologie über die Texte ihrer Musikdarbietungen, wobei dazu passende Melodien und Rhythmen einen wesentlich verstärkenden Faktor im emotionalen Empfinden des Empfängers auslösen. Insofern ist die Musik vor allem für Jugendliche ein Einfallstor in die rechtsextremistische Szene. Darüber hinaus spielen kommerzielle Gesichtspunkte bei der Veranstaltung von Konzerten und vor allem bei den Szenevertrieben eine herausragende Rolle. Beides sind unverzichtbare finanzielle Einnahmequellen für die rechtsextremistische Szene.

Die SUBKULTURELL GEPRÄGTE RECHTSEXTREMISTISCHE SZENE bevorzugt Musikstilrichtungen wie "R.A.C."6 und "Hardcore"7 bzw. "Hatecore"8. Dieser "Rechtsrock" ist geprägt von aggressiven Texten und zumeist hämmernden Rhythmen. In den Liedern werden Rassismus und Gewalt propagiert, das NS-Regime verherrlicht und der Kampf gegen das verhasste demokratische System thematisiert. In den Texten wird zum Teil auch einem Germanen- und Wikingerkult gehuldigt. Politische Inhalte werden zudem auch im Balladenstil vorgetragen. Eine in der Szene beliebte Musikstilrichtung ist der sog. "NSBM"9. Diese von der Black-Metal-Musik abgeleitete Stilrichtung bezieht sich in ihrer Ausrichtung auf den historischen der Gründung der Nationalsozialismus. Mit Firma NDS UNTERNEHMENSGESELLSCHAFT¹⁰ etablierte sich im Freistaat Sachsen im Berichtsjahr zudem ein Musiklabel, dessen Musiker vor allem die Stilrichtungen "Rap" und "Hip Hop" vertreten.

E. Durch Rechtsextremisten genutzte Immobilien¹¹

Immobilien haben eine essentielle Bedeutung für die rechtsextremistische Szene. Entweder stehen die Objekte im Eigentum von Rechtsextremisten, oder aber sie schließen Mietverträge für eine langfristige Nutzung von Immobilien ab. In den "eigenen vier Wänden" leben sie ihre verfassungsfeindliche Ideologie ungestört aus, können auf unkomplizierte Weise regelmäßig zusammenkommen und Veranstaltungen, wie beispielsweise Konzerte, ausrichten. Immobilien sind somit "Rückzugsorte" für Rechtsextremisten, können aber auch offensiv genutzt werden. So dienen zentral gelegene Büros rechtsextremistischer Parteien dazu, im öffentlichen Raum auf die Partei aufmerksam zu machen und eine feste Anlaufstelle für Mitglieder und Interessenten zu sein. Für die Partei DER DRITTE WEG ist es z. B. wichtig, mittels ihres Partei- und Bürgerbüros im Zentrum von Plauen Interessenten anzulocken und für ihre verfassungsfeindliche Agenda zu werben. Außerdem bietet die komfortable Lage in der Innenstadt die Möglichkeit, das Image des "netten Kümmerers" einer breiten Öffentlichkeit publik zu machen.

Grundsätzlich sind Rechtsextremisten aber bestrebt, Immobilien nach Möglichkeit außerhalb urbaner Zentren zu erwerben. Vor allem in Ostdeutschland und demzufolge auch im Freistaat Sachsen finden sie nicht selten langjährig leerstehende Gebäude in ländlicher Abgeschiedenheit, die sie unter Umständen über Strohmänner von privater Hand preiswert erwerben, herrichten und dann entsprechend ihrer verfassungsfeindlichen Agenda nutzen.

Da in den meisten Miet- und Kaufobjekten diverse interne oder externe Veranstaltungen stattfinden, dienen Immobilien insbesondere der Finanzierung der Szene. Immobilienbesitz ist nicht nur ein Statussymbol, sondern auch ein fester Bestandteil eines szeneinternen Finanz- und Wirtschaftskreislaufs, ohne den Rechtsextremisten entweder gar nicht oder nur sehr eingeschränkt in die Gesellschaft hineinwirken könnten. Durch interne Veranstaltungen binden Rechtsextremisten Mitglieder und Anhänger, die Beiträge oder ggf.

US-amerikanische Weiterentwicklung der "Punk"-Musik – im Stil schnell und hart

[&]quot;Rock against Communism" - Rock gegen Kommunismus

wie "Hardcore", jedoch mit härteren, hasserfüllten Texten. Der Begriff "Hatecore" war ursprünglich nicht rechtsextremistisch ausgerichtet, wird aber mittlerweile in erster Linie von rechtsextremistischen Bands besetzt.

[&]quot;NSBM" steht für NS-Black Metal und bezeichnet den Teil der Metal-Szene, der sich in seiner Musik und seiner Ausrichtung auf den historischen Nationalsozialismus bezieht.

¹⁰ vergl. Beitrag II.2.4.6 Vertrieb rechtsextremistischer Produkte

¹¹ Entsprechend einer bundesweit im Verfassungsschutzverbund abgestimmten verbindlichen Definition gelten diejenigen Immobilien als "rechtsextremistisch genutzte Immobilien", bei denen eine uneingeschränkte grundsätzliche Zugriffsmöglichkeit durch Eigentums- oder Besitzverhältnis oder durch ein Kenn- und Vertrauensverhältnis zum Objektverantwortlichen besteht. Voraussetzung ist zudem eine politisch ziel- und zweckgerichtete wiederkehrende Nutzung.

Spenden entrichten, an sich. Damit ist langfristig für regelmäßige Einnahmen gesorgt. Bei externen Veranstaltungen – beispielsweise Konzerten – müssen Besucher nicht nur Eintrittsgelder entrichten. Zumeist werden in den Objekten Tonträger und Merchandising-Artikel verkauft. Die erzielten Einnahmen sorgen ebenfalls für einen beständigen Geldfluss innerhalb der rechtsextremistischen Szene.

II. REICHSBÜRGER UND SELBSTVERWALTER

A. Wesentliche Entwicklungen

- Ausdehnung der REICHSBÜRGER-Gruppierung KÖNIGREICH DEUTSCHLAND in Sachsen mit dem Ziel, sog. "Gemeinwohldörfer" zu errichten
- Erneut starker Anstieg des Personenpotenzials
- ➤ Dresden entwickelt sich zum "REICHSBÜRGER-Hotspot"; im Übrigen konzentriert sich die Szene vorrangig im ländlichen Raum.
- > Anteil der Rechtsextremisten weiterhin rückläufig
- weiterhin erhöhtes Gefährdungspotenzial durch einzelne, verschwörungstheoretisch geprägte REICHSBÜRGER
- > hohe Waffenaffinität dieser heterogenen Szene

B. Personenpotenzial

Der sehr heterogenen Szene der REICHSBÜRGER und SELBSTVERWALTER im Freistaat Sachsen wurden im Berichtsjahr 2.500 Personen zugerechnet (bundesweit 23.000). Das sind 600 Personen mehr als im Berichtsjahr 2021.

Der Anteil der Rechtsextremisten innerhalb dieses Spektrums betrug 2,8 Prozent und ist damit weiterhin rückläufig (2021: fünf Prozent).

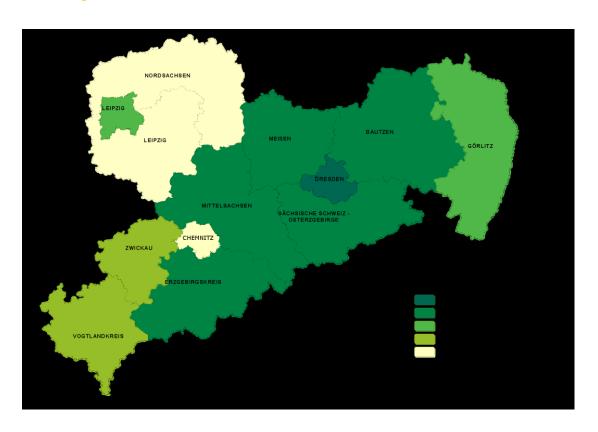
Das LfV Sachsen hat im Jahr 2022 in 33 Fällen Erkenntnisse zu Reichsbürgern und Selbstverwaltern an die Waffenbehörden übermittelt.

Im Berichtszeitraum nahm die Zahl der Personen, die der Szene der REICHSBÜRGER und SELBSTVERWALTER zugerechnet werden, erneut stark zu. Dieser Anstieg ist zum einen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie zu sehen. Zum anderen ist diese Entwicklung eng mit der Ansiedlung des KÖNIGREICHS DEUTSCHLAND im Freistaat Sachsen verknüpft. Außerdem wird die Aufklärung der Szene durch die intensive Zusammenarbeit zwischen Landes- und Bundesbehörden fortwährend verbessert und das Dunkelfeld dadurch zunehmend erhellt.

Die soziodemographische Struktur der Szene weist im Vergleich zu anderen extremistischen Phänomenbereichen Besonderheiten auf. So ist der Frauenanteil mit ca. 37 Prozent verhältnismäßig hoch. Wegen des deutlich höheren Altersdurchschnitts von rund 50 Jahren wird bei REICHSBÜRGERN und SELBSTVERWALTERN auch von einer "Radikalisierung in der zweiten Lebenshälfte" gesprochen.

Die Beweggründe von Menschen, sich den REICHSBÜRGERN und SELBSTVERWALTERN anzuschließen, sind sehr unterschiedlich. Für manche liegt die Ursache beispielsweise in Problemen mit den Behörden und daraus folgenden finanziellen Zwangssituationen. In der Folge negieren sie die Legitimität ihres Gegenübers und versuchen so, einer Zwangsvollstreckung oder anderen staatlichen Maßnahmen zu entgehen. Für andere geht es aber auch um das eigene Selbstbild. Viele REICHSBÜRGER und SELBSTVERWALTER werten sich selbst durch fiktive Titel wie "König" oder "Reichskanzler" auf. Bei der Flutung von Behörden mit reichsbürgertypischen Schreiben, in denen behördliche Befugnisse – z. B. wegen vermeintlicher Nichtexistenz der Bundesrepublik – negiert werden, geht es oft nicht darum, sein Gegenüber mit Argumenten zu überzeugen, sondern um das starke Bedürfnis nach Selbstdarstellung und Selbstidentifikation. Es handelt sich vorliegend also um ein sehr heterogenes Personenpotenzial, das sich aus unterschiedlichen Gründen vom Verfassungsstaat abwendet.

Verteilung nach Landkreisen und kreisfreien Städten¹²



_

¹² Diese Graphik beinhaltet nicht das Personenpotenzial von REICHSBÜRGERN UND SELBSTVERWALTERN, welches sich ausschließlich in überregionalen Chatgruppen in den sozialen Medien darstellt.

III. VERFASSUNGSSCHUTZRELEVANTE DELEGITIMIERUNG DES STAATES

A. Wesentliche Entwicklungen

- erwiesenes extremistisches Beobachtungsobjekt des LfV Sachsen: BÜRGERBEWEGUNG LEIPZIG 2021
- insgesamt niedriges dreistelliges Personenpotenzial im Freistaat Sachsen
- fortdauernde Instrumentalisierung des Protestgeschehens: Verächtlichmachung des Staates und seiner politischen Entscheidungsträger in der Realwelt sowie in den sozialen Medien
- Das Vertrauen der Bevölkerung in den Staat soll grundlegend erschüttert werden.
- zunehmende "Vermischung" und Netzwerkbildung der rechtsextremistischen Szene mit bekannten Delegitimierern

Relevant im Sinne des "neuen" Phänomenbereiches sind alle Handlungen im Sinne einer massiven Verächtlichmachung des Staates und einer fortwährenden Agitation gegen diesen. Mit Blick auf den hohen Stellenwert der freien Meinungsäußerung in einer Demokratie ist dabei eine Verfassungsschutzrelevanz bei bloßer Schmähkritik nicht gegeben, da diese zumindest im Kern immer noch auf eine Auseinandersetzung in der Sache abzielt und von der Meinungsfreiheit gedeckt ist. Aber auch unsachliche Schmähungen, Falschbehauptungen und Desinformationen sind nur dann verfassungsschutzrelevant, wenn sie mit dem Ziel verbreitet werden, das Vertrauen der Bevölkerung in den Staat von Grund auf zu erschüttern und/oder diesen in seiner Funktionsweise zu beeinträchtigen. Die Verächtlichmachung muss zudem so massiv sein, dass das Vertrauen der Bevölkerung in die Kernelemente der freiheitlichen demokratischen Grundordnung insgesamt und nachhaltig erschüttert werden kann. Anknüpfungspunkte für eine solche Erheblichkeit können beispielsweise sein:

- Der Rekurs auf ein vermeintliches "Widerstandsrecht", mit dem bewusst die Hemmschwelle Dritter abgesenkt und tatsächlich nicht legitimierte Widerstandshandlungen dieser Dritten befördert werden sollen
- Der Aufruf zu Blockade- und Sabotageaktionen gegen staatliche Einrichtungen sowie gegen lebenswichtige, staatliche Infrastruktur- und Versorgungseinrichtungen (z.B. Anschläge auf Impfzentren während der Corona-Pandemie)
- Gewaltandrohungen und der Aufruf zu Gewalt gegen Funktions-, Amts- und Mandatsträger des Staates
- Der Rückgriff auf Verschwörungsnarrative ist ebenfalls ein gewichtiges Indiz für die Erheblichkeit der Verleumdung oder Delegitimierung.

In Abgrenzung zu Rechtsextremisten oder REICHSBÜRGERN und SELBSTVERWALTERN ist bei Akteuren der "Verfassungsschutzrelevanten Delegitimierung des Staates" grundsätzlich kein ideologischer Hintergrund und keine ausgrenzende Fixierung auf die eigene ethnokulturelle Identität festzustellen.

B. Personenpotenzial

Das LfV Sachsen analysiert im Hinblick auf diesen neuen Phänomenbereich fortwährend jeden Einzelfall und prüft, ob tatsächliche Anhaltspunkte für eine DEMOKRATIEFEINDLICHE UND/ODER SICHERHEITSGEFÄHRDENDE DELEGITIMIERUNG DES STAATES vorliegen. Da eine Zuordnung nur unter restriktiver Anwendung der oben genannten Kriterien zulässig ist, konnte diesem Phänomenbereich mit Stand 31. Dezember 2022 insgesamt eine niedrige dreistellige Anzahl von Personen (ca. 120 Personen) zugeordnet werden. Es ist jedoch von einem fortbestehenden "Dunkelfeld" auszugehen, welches durch das LfV Sachsen weiterhin sukzessive zu erhellen sein wird.

Dabei spielen insbesondere Internetaktivitäten auf Messenger-Diensten, wie insbesondere auf Telegram, eine wichtige Rolle. So fallen beispielsweise Einzelpersonen in diesen Phänomenbereich, die auf diesen Plattformen beispielsweise zu Angriffen auf Politiker aufrufen. Wieder andere versuchen, Amts- und Mandatsträgern per Direktnachricht mit unmittelbarer Gewalt zu drohen und dadurch in Angst zu versetzen bzw. zu beeinträchtigen. Während des Berichtsjahres haben sich bei Einzelpersonen demnach gewisse Fallgruppen gebildet, welche die verschiedenen Agitationsformen des Delegitimierungsextremismus in der Realwelt und auch in der virtuellen Welt widerspiegeln.

IV. LINKSEXTREMISMUS

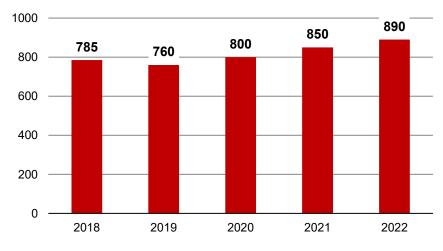
A. Wesentliche Entwicklungen

- ➤ ROTE WENDE LEIPZIG als neues Beobachtungsobjekt des LfV Sachsen
- > Erneut leichter Anstieg des Personenpotenzials
- Leipzig bleibt eine bundesweite Schwerpunktregion der autonomen Szene und ein Brennpunkt linksextremistischer Gewalt.
- ➤ Im Freistaat Sachsen gelten rund 73 % der Linksextremisten als gewaltorientiert.
- Konzentration auf die Themenfelder "Antirepression", "Antifaschismus" und "Antigentrifizierung"
- Solidaritätsbekundungen im Zusammenhang mit dem Prozess gegen Lina E.

B. Personenpotenzial

Die AUTONOME SZENE dominiert den Linksextremismus im Freistaat Sachsen deutlich. Ihr gehörten im Berichtsjahr ca. 520 Personen an (2021: ca. 520 Personen). Dies entspricht einem Anteil von etwa 60 Prozent an allen linksextremistischen Bestrebungen in Sachsen. Regional und bundesweit bleibt die AUTONOME SZENE LEIPZIG neben den Szenen in den Städten Berlin und Hamburg ein Schwerpunkt autonomer Aktivitäten. Ihr werden ca. 350 Personen (2021: 350 Personen) zugerechnet. Die Messestadt blieb damit im Berichtsjahr zugleich auch der Brennpunkt linksextremistischer Gewalt in Sachsen. Im bundesweiten Vergleich ist Leipzig nach Berlin und Hamburg zugleich ein Schwerpunkt der AUTONOMEN SZENE in Deutschland.

Linksextremisten im Freistaat Sachsen im Jahr 2022



Gewaltorientierte Linksextremisten¹³

2022: ca. 650

Nicht gewaltorientierte dogmatische Linksextremisten und sonstige Linksextremisten¹⁴ 2022: ca. 240

davon

AUTONOME

2022: ca. 520

Anarchisten

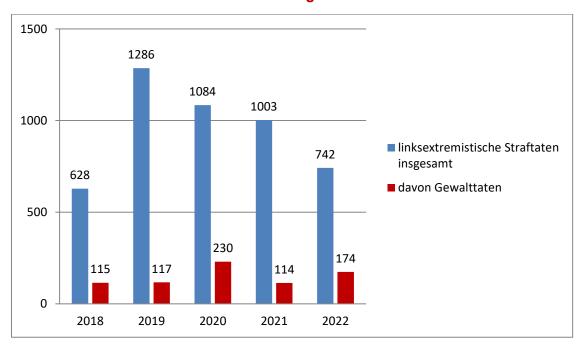
2022: ca. 80

Gewaltbereite dogmatische Linksextremisten

2022: ca. 50

C. Politisch motivierte Kriminalität "links" – Straftaten mit linksextremistischem Hintergrund

Straftaten mit linksextremistischem Hintergrund



Wie schon in den Vorjahren wurden die meisten linksextremistisch motivierten Straf- und Gewalttaten in den Städten Leipzig und Dresden – den Zentren der AUTONOMEN SZENE in Sachsen – verübt. Dabei ist festzustellen, dass nur in Leipzig die Straf- und Gewalttaten deutlich über dem Niveau des Vorjahres lagen. Dresden und Chemnitz hingegen folgten dem

¹³ ohne Mehrfachmitgliedschaften

¹⁴ ohne Mehrfachmitgliedschaften

sachsenweiten Trend: Dort war gegenüber dem Vorjahr ein deutlicher Rückgang der Straftaten zu verzeichnen. In den Landkreisen lag das Straftatenaufkommen weiterhin auf niedrigem Niveau.

In den drei Großstädten wurden etwa 82 % aller linksextremistischen Straftaten begangen (2021: ca. 76 %). Bei den Gewalttaten ist die unterschiedliche Verteilung zwischen Großstädten und dem ländlichen Raum noch deutlicher.

Ca. 95 % aller Gewalttaten mit linksextremistischem Hintergrund wurden in Leipzig, Dresden und Chemnitz registriert (2021: ca. 92 %). Das Gewalttatenaufkommen entwickelte sich in den Großstädten dabei unterschiedlich. Während in Leipzig ein signifikanter Anstieg um ca. 66 % zu verzeichnen war, blieben die Gewalttaten in Dresden und Chemnitz hingegen auf dem niedrigen Niveau des Vorjahres.

Verantwortlich für die rückläufige Entwicklung der Gesamtzahl dürften einerseits die Einschränkungen des öffentlichen Lebens im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie gewesen sein. Andererseits geht das LfV Sachsen davon aus, dass aufgrund von Ermittlungstätigkeiten und Exekutivmaßnahmen der Sicherheitsbehörden Teile der linksextremistischen Szene verunsichert waren und demzufolge zurückhaltender agierten. Das trifft allerdings nicht auf die Szene in Leipzig zu. Gemessen am Straftatenaufkommen zeigten sich die dort ansässigen Linksextremisten unbeeindruckt von den Exekutivmaßnahmen bzw. nahmen diese sogar zum Anlass für die Begehung von Straftaten.

Der deutliche Anstieg der Gewaltdelikte im Berichtsjahr ist ein Indiz dafür, dass für Linksextremisten die Anwendung von Gewalt weiterhin ein legitimes Mittel der politischen Auseinandersetzung ist, mit dem Ziel, den politischen Willensbildungsprozess in ihrem Sinne zu beeinflussen. Beispielgebend für diese Einschätzung sind vor allem folgende, mutmaßlich linksextremistisch motivierte Gewalttaten:

- Am 25. Januar setzten unbekannte T\u00e4ter f\u00fcnf Elektro-Fahrzeuge des Ordnungsamtes Leipzig in Brand. Dem Tatbekenntnis zufolge wollten die Akteure "der durch die pandemische Lage stattfindenden Aufr\u00fcstung der Kontroll- und Repressionsorgane (…) etwas entgegensetzen."
- Am 25. Juli beleidigten etwa zehn unbekannte Täter in Leipzig den Geschädigten und schlugen anschließend auf ihn ein. Der Geschädigte nahm zuvor an einer coronakritischen Demonstration teil und wurde dem "Lager" des politischen Gegners zugerechnet.
- Am 3. November wurde in Leipzig ein PKW auf dem Gelände der Firma WISAG in Brand gesetzt. Das Fahrzeug brannte vollständig aus. Im Tatbekenntnis wurden der Jahrestag der Verhaftung von Lina E.¹⁵ und die "aktuelle Repressionswelle gegen Antiautoritäre und Linke in der BRD" als Anlass für die Aktion angegeben. Die Firma WISAG sei ausgewählt worden, weil sie "in der Sicherheits- und Reinigungsbranche schmutzige Geschäfte" mache und sich "an Krieg, der Klimakatastrophe, Verdrängung und Einsperrung sowie der Ausbeutung von Menschen" beteilige.

¹⁵ vgl. Kapitel II 5.3 Aktionsfelder und Aktionsformen

Aufteilung nach Landkreisen und kreisfreien Städten

	linksextremistische Straftaten		darunter Gewalttaten			
	2020	2021	2022	2020	2021	2022
Leipzig (Stadt)	472	327	445	165	80	133
Dresden (Stadt)	335	386	135	53	24	26
Chemnitz (Stadt)	78	45	30	2	1	7
				l		
Vogtlandkreis	12	21	5	0	0	1
Lkr. Zwickau	32	32	16	0	0	2
Erzgebirgskreis	14	36	6	0	0	0
Lkr. Mittelsachsen	30	41	36	1	2	0
Lkr. Meißen	16	14	18	0	0	1
Lkr. Sächs. Schweiz Osterzgebirge	- 4	20	15	0	0	1
Lkr. Bautzen	29	13	14	1	1	1
Lkr. Görlitz	20	25	5	1	0	0
Lkr. Leipzig	30	28	12	6	2	2
Lkr. Nordsachsen	12	15	5	1	4	0
				I		
Freistaat Sachsen	1.084	1.003	742	230	114	174

V. ISLAMISMUS

A. Wesentliche Entwicklungen

- > Personenpotenzial bleibt im Bundesvergleich weiterhin auf niedrigem Niveau
- > bewusster Missbrauch der Religion für verfassungsfeindliche Zielsetzungen
- Schwerpunkte salafistischer Strukturen in Leipzig
- Legalistischer Islamismus mit "Wolf im Schafspelz"-Strategie konzentriert sich auf Dresden.
- abstrakte Gefahr von Terroranschlägen

B. Personenpotenzial

Anzahl der Islamisten im Freistaat Sachsen¹⁶



Wie in den Vorjahren bewegt sich das islamistische Personenpotenzial im Freistaat Sachsen im Bundesvergleich auf niedrigem Niveau (450 Personen).

Dies gilt auch für das salafistische Personenpotenzial als Teilmenge des islamistischen Personenpotenzials, das im Freistaat Sachsen seit einigen Jahren, so auch im Jahr 2022, etwa 270 Personen ausmacht. Es umfasst sowohl politische als auch jihadistische Salafisten.

Im Berichtsjahr gingen im LfV Sachsen weiterhin zahlreiche Hinweise auf salafistische Sachverhalte ein. Die Spannweite reichte hierbei von Verleumdungen bis hin zu wertigen und relevanten Informationen. Die hohe Anzahl dieser Meldungen ist u. a. auf die stärkere

_

¹⁶ Das salafistische Personenpotenzial im Freistaat Sachsen wird erst seit dem Jahr 2014 gesondert erhoben, sodass für die Jahre zuvor diesbezüglich keine Werte vorliegen.

Sensibilisierung deutscher Behörden wie auch der Gesellschaft im Allgemeinen zurückzuführen.

C. Erscheinungsformen des Islamismus und Aktivitäten

Legalistischer Islamismus

In Deutschland und damit auch im Freistaat Sachsen werden legalistische Islamisten hauptsächlich in drei Bereichen aktiv: Einflussnahme auf die Politik, Mitgliedergewinnung und Bildungsarbeit. Dabei sind sie oftmals in übergeordneten muslimischen Verbänden organisiert. Mittels dieses "Sprachrohrs" versuchen sie, bestimmte gesellschaftliche Themen, wie die staatliche Imam-Ausbildung oder den islamischen Religionsunterricht, zu beeinflussen und sich dem Staat als Ansprechpartner für die Belange von Muslimen anzubieten. Zudem versuchen sie, für ihre jeweilige Organisation und im Sinne der Ideologieverbreitung neue Mitglieder zu werben. Hierzu unterhalten sie Moschee- und Kulturvereine oder organisieren Vorträge und andere Veranstaltungen. Auch die Jugend- und Bildungsarbeit ist ein wichtiger Bereich, in dem sie aktiv sind. Es werden Koran- und Sommerschulen sowie zielgruppenorientierte Schulungsund Freizeitaktivitäten in Deutschland organisiert. Die Jugend- und Bildungsarbeit dient vor allem dem Zweck, die eigene Islaminterpretation zu verbreiten, um damit geeigneten Nachwuchs zu rekrutieren.¹⁷

In Deutschland tritt die Muslimbruderschaft (MB) als "Vertreter" des legalistischen Islamismus zwar nicht offen in Erscheinung, wird aber von Organisationen wie der DEUTSCHEN MUSLIMISCHEN GEMEINSCHAFT (DMG) als Teil einer weltweiten "islamischen Bewegung" angesehen. Eine weitere Organisation aus dem Spektrum der MB ist der MARWA ELSHERBINY KULTUR- UND BILDUNGSZENTRUM DRESDEN E. V. (MKBD) im Freistaat Sachsen.

vgl. Broschüre "Islamismus: Entstehung und Erscheinungsformen", Bundesamt für Verfassungsschutz, September 2013, S. 21-23

MARWA ELSHERBINY KULTUR- UND BILDUNGSZENTRUM DRESDEN E. V. (MKBD)

Vorstand und somit Entscheidungsträger des MKBD ist Dr. Saad ELGAZAR, welcher der MB zuzuordnen ist. Auch liegen Anhaltspunkte für Kontakte des MKBD zu den extremistischen Gruppierungen MB bzw. DMG vor.

Der Verein MKBD zielt nach außen hin u. a. auf die Förderung der Kultur, der Religion und der Integration von Migranten in die hiesige Gesellschaft ab und betont dabei die Bedeutung des Gedankens der Völkerverständigung sowie der Toleranz gegenüber anderen Kulturen und Religionen. Getarnt unter diesem Deckmantel ist das MKBD jedoch vielmehr bestrebt, den hier lebenden Muslimen die extremistische Ideologie der MB bzw. der DMG nahe zu bringen und zu verbreiten.

Dr. Saad ELGAZAR veröffentlichte auch im Berichtsjahr in öffentlich zugänglichen sozialen Netzwerken zahlreiche Beiträge, mit denen er ein eindeutiges und offenes Bekenntnis zur extremistischen MB abgab, ihre Aktivitäten begrüßte und darüber hinaus auch eine antisemitische Weltanschauung erkennen ließ.

Solange das MKBD durch ELGAZAR geführt wird, ist davon auszugehen, dass seine Aktivitäten – verfassungskonform verschleiert – in Wahrheit solche der MB sind.

Salafismus

Die Sicherheitsbehörden unterscheiden grundsätzlich zwischen politischem und jihadistischem Salafismus. Während beide Strömungen auf der gleichen ideologischen Grundlage beruhen, unterscheiden sie sich jedoch in der Wahl der Mittel, mit denen sie ihre Ziele verwirklichen wollen. Dennoch besitzen beide Ausprägungen eine immanente Gewaltorientierung. Dies führt im Ergebnis dazu, dass der Übergang vom politischen zum jihadistischen Salafismus fließend ist und sich beide Richtungen mitunter nicht klar voneinander abgrenzen lassen.

Vertreter des politischen Salafismus betonen den friedlichen Charakter des Islam und positionieren sich teilweise ausdrücklich gegen Terrorismus. Dennoch wird die Anwendung von Gewalt – ausgehend von einer subjektiv konstruierten Bedrohungslage – auch von Vertretern des politischen Salafismus in bestimmten Fällen für zulässig erklärt.

Die salafistische Szene in Deutschland ist meist nur lose organisiert. Feste und formale Organisationsstrukturen sind weitgehend nicht vorhanden. Eine Ausnahme bilden örtliche salafistische Vereine, die als Träger salafistisch geprägter Moscheen tätig sind.

ISLAMISCHE GEMEINDE IN SACHSEN – AL-RAHMAN-MOSCHEE E.V.

Den Schwerpunkt salafistischer Strukturen im Freistaat Sachsen bildet seit Jahren der Verein Islamische Gemeinde in Sachsen – Al-Rahman-Moschee in Leipzig. Der Imam dieser Moschee, Hassan DABBAGH, ist ein überregional bekannter Multiplikator des politischen Salafismus in Deutschland.

Trotz DABBAGHs Distanzierung von religiös motivierten Terrorakten sind seine Äußerungen geeignet, die Bildung von Parallelgesellschaften außerhalb der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zu fördern und mittelbar Hass und Gewalt zu schüren.

Propagandaaktivitäten sind in Sachsen, ebenso wie im übrigen Bundesgebiet, das Hauptaktionsfeld der politischen Salafisten.

So verbreitete DABBAGH in seiner Funktion als Imam und Prediger der AL-RAHMAN-MOSCHEE die salafistische Ideologie u. a. in den Freitagspredigten und dem täglich stattfindenden

Koranunterricht in den Moscheeräumlichkeiten. Er veröffentlichte die Freitagspredigten und Religionsunterrichte in den sozialen Medien und auf verschiedenen Internetportalen. Damit erhöhte er die Reichweite für seine verfassungsfeindlichen Aussagen.

Von jihadistischem Salafismus als einem Teilbereich des islamistischen Terrorismus sprechen die Sicherheitsbehörden dagegen, wenn die Anwendung terroristischer Gewalt von vornherein ideologisch legitimiert wird und der bewaffnete Kampf gegen "Ungläubige" als zentrales Mittel gesehen wird, um das eigene Islamverständnis zu "verteidigen" und zu verbreiten bzw. um politische Macht zu erlangen.

Zudem liegen dem LfV Hinweise zu Personen vor, die mit der jihadistischen Ideologie sympathisieren bzw. sympathisiert haben. Wie in den Vorjahren bewegt sich dabei das hiesige Personenpotenzial im bundesweiten Vergleich auf niedrigem Niveau und stagniert über die letzten Jahre. Gerade der politische Salafismus bietet mit seiner Ideologie einen gefährlichen Nährboden, der unter Umständen zur Radikalisierung von Personen führen und damit auch als "Durchlauferhitzer" bzw. Katalysator bezüglich einer jihadistischen Islamauslegung dienen kann.

Die Aktionspotenziale im Bereich des jihadistischen Salafismus sind in Deutschland stark von globalen Aspekten beeinflusst und eng verknüpft mit der Handlungsfähigkeit des IS. Wie verhinderte aber auch durchgeführte Anschläge im Berichtsjahr zeigten, ging in Europa und damit auch in Sachsen weiterhin vor allem von radikalisierten Einzeltätern eine hohe abstrakte Gefahr aus, die sich in Anschlägen bzw. diesbezüglichen Vorbereitungen konkretisiert hatten. Bei diesen Einzeltätern handelte es sich um Sympathisanten und Anhänger der jihadistischen Ideologie bzw. jihadistischer Terrororganisationen.

Die abstrakt hohe Gefährdungslage besteht unverändert fort, da der IS und AL-QAIDA durch ihre Propaganda bewusst zu dieser Vorgehensweise als Alternative zu direkt gesteuerten Operationen animieren. Dadurch wollen sie den militärischen, polizeilichen und nachrichtendienstlichen Verfolgungsdruck umgehen, dem sie ausgesetzt sind.

VI. SICHERHEITSGEFÄHRDENDE UND EXTREMISTISCHE BESTREBUNGEN VON GRUPPIERUNGEN MIT AUSLANDSBEZUG

A. Wesentliche Entwicklungen

- in Sachsen ausschließlich Bestrebungen aus dem Bereich der kurdischen PKK feststellbar
- Personenpotenzial bei konstant ca. 160 Personen
- hohes Mobilisierungspotenzial auch im linksextremistischen Spektrum für Demonstrationen und Kundgebungen
- > strukturelle Vernetzung mit Linksextremisten insbesondere in Leipzig und Dresden
- Aktivitäten der PKK maßgeblich vom Schicksal des inhaftierten PKK-Führers ÖCALAN und den Entwicklungen im türkisch-syrischen Grenzgebiet bestimmt

B. Personenpotenzial

In Sachsen konnten sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von Gruppierungen mit Auslandsbezug aus dem Bereich der kurdischen PKK, also dem linksextremistisch-separatistischen Bereich, festgestellt werden. Ihr Potenzial bewegt sich seit Jahren – so auch im Jahr 2022 – bei konstant ca. 160 Personen. Auch Mitglieder und Anhänger der Nachfolge- und Nebenorganisationen der PKK zählen darunter.

Jedoch kann das Mobilisierungspotenzial der PKK, das insbesondere abhängig von den politischen Entwicklungen in der Türkei ist, die oben aufgeführte tatsächliche Anhängerzahl der PKK deutlich überschreiten. Zum Kreis der Mobilisierten zählen beispielsweise regelmäßig auch Personen aus dem deutschen linksextremistischen Spektrum.

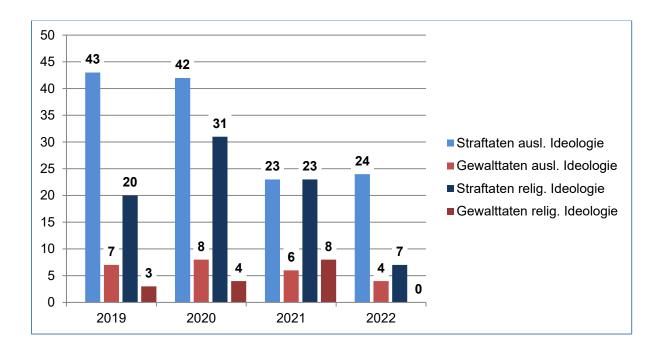
Folgende der in Sachsen ansässigen und der PKK zugehörigen Organisationen zeigten auch im Jahr 2022 mit der Durchführung von Kundgebungen, Demonstrationen und sonstigen Veranstaltungen Präsenz:

- Dresdner Verein deutsch kurdischer Begegnungen E. V.,
- UTA FRAUENRAT DRESDEN E. V. und
- Tevgera Ciwanên Şoreşger Dresden (TCŞ)

C. Politisch motivierte Kriminalität – Straftaten ausländische Ideologie und religiöse Ideologie

Der seit dem Jahr 2017 als "Ausländische Ideologie"¹⁸ und "religiöse Ideologie"¹⁹ bezeichnete Teilbereich der Politisch motivierten Kriminalität (PMK) ist im Vergleich zu den Straf- und Gewalttaten in den anderen extremistischen Phänomenbereichen im Freistaat Sachsen nur von marginaler Bedeutung. So machte er im Berichtsjahr etwas mehr als ein Prozent des Gesamtaufkommens extremistischer Straftaten aus.

Im Jahr 2022 sanken die Straftaten im Bereich ausländische und religiöse Ideologie um etwa 33 % (31 Straftaten). Die Zahl der Gewaltdelikte (4) lag deutlich unter dem Niveau des Vorjahres (2021: 14).



¹⁸ Die Kategorie "PMK – ausländische Ideologie" bildet ab, inwieweit im Ausland begründete nicht religiöse Ideologien nach Deutschland hereingetragen werden und hier den Hintergrund für Straftaten bilden. Hiervon sind aus dem Ausland stammende, separatistische, rechte und linke Ideologien, also sämtliche ausländische nicht religiöse Ideologien, umfasst. Die Staatsangehörigkeit der Täter ist hierbei unerheblich (vgl. auch Internetseite des Bundeskriminalamtes: www.bka.de)

¹⁹ Der Kategorie "PMK – religiöse Ideologie" werden Straftaten zugerechnet, bei denen Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass eine religiöse Ideologie entscheidend für die Tatbegehung war und die Religion zur Begründung der Tat instrumentalisiert wird (vgl. auch Internetseite des Bundeskriminalamtes: www.bka.de).

VII. SPIONAGE UND SABOTAGE IN POLITIK, WIRTSCHAFT UND WISSENSCHAFT

A. Wesentliche Entwicklungen

- Russische und chinesische Nachrichtendienste bleiben Hauptakteure im Freistaat Sachsen.
- > Sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten im Geltungsbereich des Grundgesetzes für eine fremde Macht sind insbesondere vor dem Hintergrund des Ukraine-Krieges ein wichtiges Tätigkeitsfeld des LfV.
- Ziel von Cyberangriffen ist zunehmend die Kritische Infrastruktur (KRITIS) der westlichen Welt.
- ➤ Das LfV informiert Interessenten und Multiplikatoren aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft schnell und gezielt u.a. über elektronische Angriffskampagnen und bietet Unterstützung bei Abwehrmaßnahmen an.

B. Überblick

Eine weitere Bedrohung der inneren Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und damit auch des Freistaates Sachsen geht auf die vielfältigen Spionageaktivitäten und Cyberangriffe fremder Nachrichtendienste zurück. Einhergehend mit der Entwicklung neuer Technologien und der fortschreitenden Digitalisierung hat sich der Aktionsradius fremder Nachrichtendienste deutlich erweitert. Inzwischen gehören Cyberangriffe zum nachrichtendienstlichen Standard-Repertoire, um Spionage, Sabotage oder politische Einflussnahme zu betreiben. Hauptakteure sind russische und chinesische Nachrichtendienste.

Seit Beginn des Ukraine-Krieges im Februar 2022 haben die gegen Deutschland gerichteten Aktivitäten noch einmal stark zugenommen. Dabei nutzen Desinformationsakteure Themen, die sich in Verschwörungserzählungen einbinden lassen und dazu geeignet sind, auf die öffentliche Meinung einzuwirken, um Unsicherheiten in der Bevölkerung zu schüren und Vertrauen in staatliches Handeln zu untergraben. Hiesige Rechtsextremisten, Reichsbürger und Delegitimierer sowie Rechtspopulisten greifen diese Themen ebenfalls auf und erweisen sich somit als Handlanger russischer Desinformationskampagnen. Ihr Ziel ist es, den auf Freiheit und Demokratie basierenden Gesellschaftsentwurf des Westens zu diskreditieren und auf diese Weise die westliche Welt zu spalten.

Der Umfang politischer Spionage durch die Volksrepublik China hat ebenfalls erheblich zugenommen. Im Zuge der Realisierung des ambitionierten industriepolitischen Programms "Made in China 2025" und des neuen "Fünf-Jahres-Plans" arbeitet China zielstrebig daran, zur weltweit führenden Wirtschafts- und Technologiemacht aufzusteigen. Im Fokus chinesischer Aufklärung stehen daher nicht nur Großkonzerne und Wirtschaftsunternehmen, sondern auch kleine und mittelständische Unternehmen sowie Forschungs- und Wissenschaftseinrichtungen. Gezielte Firmenübernahmen und Auslandsinvestitionen runden das Bild ab, ebenso wie das Anwerben von Wissenschaftlern und Wissensträgern.

Weitere Informationen:

- 1. Der vollständige Verfassungsschutzbericht 2022 ist ab dem 27. Juni 2023, 13.00 Uhr, im Internet unter www.verfassungsschutz.sachsen.de abrufbar.
- 2. Zu einem späteren Zeitpunkt ist der Bericht darüber hinaus auch als Druckexemplar verfügbar.